

# Barrierefreiheit gibt's nicht im Hauruckverfahren

**Inklusion:** Um alle öffentlichen Gebäude auf einen Schlag umzurüsten, fehlt der Stadt das Geld. Die Verwaltung plädiert deswegen für Investitionen „peu à peu“. Lediglich das Rathaus könnte einen Sonderstatus bekommen

Lemgo (tib). Das Stadtfest im September war ein Veranstaltungrenner von 2017. Doch nicht alles, was das Siegel „Inklusion“ trägt, ist ein solcher Selbstläufer. Einer flächendeckenden Barrierefreiheit in allen öffentlichen Gebäuden und Schulen Lemgos erteilt die Verwaltung beispielsweise eine Absage.

Das ist eine Quintessenz, die das Rathaus als Antwort auf den Inklusionsbericht gibt, den

Pastor Dr. Bartolt Haase, der Theologische Vorstand der diakonischen Stiftung Eben-Ezer, als Sprecher des „Runden Tisches Inklusion“ im vergangenen Sommer vorgelegt hatte. Im Klartext: Vielen Vorschlägen des Gremiums schließt sich die Verwaltung zwar an. Den Zahn, dass der Wunschzettel quasi über Nacht abzuarbeiten sein wird, zieht sie allerdings – allein schon aus finanziellen Gründen, wie Dirk

Tolkemitt betont. Der Kämmerer wirbt vielmehr dafür, bei sowieso anstehenden Investitionen darüber nachzudenken, wie etwa die Barrierefreiheit verbessert werden kann. Ein Beispiel: das Haus Wippermann, das gerade für die Volkshochschule umgebaut und in einem Zug barrierefrei wird, wie Bürgermeister Dr. Reiner Austermann erinnert.

Eine Sonderfrage, zu der die Fraktionen in den kommen-

den Monaten Stellung beziehen müssen, wird noch das Rathaus sein. Der Vorschlag, hier einen Aufzug einzubauen, lag schon mal vor – wurde aber aus Gründen der Sparsamkeit seinerzeit nicht umgesetzt. Die Frage: Soll das Geld jetzt ausgegeben werden, wonach Worten Tolkemitts momentan keine Arbeiten im Rathaus geplant sind.

Ebenfalls für ein „peu à peu“ tritt die Stadt bei der Nachrü-

stung von Ampeln und Fußgängerüberwegen ein. Bei den Bushaltestellen dagegen sei der Umbau für behinderte Menschen in vollem Gange und noch bis 2022 geplant. Auch durch das Fraunhofer-Projekt „Lemgo Digital“ könne in Sachen akustische und elektronische Anzeigen viel erreicht werden. Abseits der Mobilität ist unter anderem vorgesehen, Stadtmitarbeiter in leichter Sprache zu schulen.